

Schaffhauser Nachrichten



Das Intelligenzblatt – feil 1861
161. Jahrgang, Nummer 201
AZ 8200 Schaffhausen
Preis FR. 3.70
www.shn.ch

Kinder trotz Depression
Selbst in der Medizin ist das
Thema Frauen mit Depression und
Kinderwunsch ein Tabu. / 10

Murrays lockerer Einstand
Beim US Open hat Andy Murray
in drei Sätzen klar gewonnen, während
Stan Wawrinka aufgeben musste. / 20

Transparenzinitiative: Scherbenhaufen droht

Die Umsetzung der Transparenzbestimmungen im Kanton Schaffhausen nimmt eine neue Wendung. Die SP will die vorliegenden Bestimmungen zurück an die Regierung schicken. Sie befinde sich auf dem «demokratiepolitischen Holzweg» und müsse nachbessern.

Dario Muffler, Regula Lienin

SCHAFFHAUSEN. Kein Serienregisseur könnte einen besseren Cliffhanger schreiben. Kurz vor dem Ende der gestrigen Kantonsratssitzung trat Matthias Freivogel (SP, Schaffhausen) ans Pult und verkündete: Was hier vorgehe, sei ein «krass undemokratischer Vorgang». Gemeint war die Vorlage der Regierung, in der sie ihre Vorstellung von der Umsetzung der Transparenzinitiative darlegt. «Ich stelle einen Antrag auf Nicht-Eintreten», sagte Freivogel. Das heisst, er und seine Fraktion wollen das Geschäft zurück an die Regierung schicken, damit sie das Gesetz nochmals überarbeite.

Freivogel machte zur Erläuterung einen Vergleich. Im Jahr 2004 sagte die Stimmbewölkerung Ja zur FDP-Initiative, die forderte, den Kantonsrat von 80 auf 60 Perso-

nen zu verkleinern. Der Kantonsrat wurde 2009 auf 60 Mitglieder verkleinert. Im Februar 2020 stimmte die Bevölkerung dann über eine Initiative der Juso ab, die sogenannte Transparenzinitiative. Sie wollte Regeln zur Offenlegung der Partei- und Kampagnenfinanzierung im Kanton. Eine Mehrheit sagte Ja. Nun sollte also die Umsetzung dieser Initiative folgen.

Mitte stimmt individuell

Dass die Regierung statt einer eigenen Ausarbeitung auf die Umsetzung eines Postulats von FDP-Kantonsrat Christian Heydecker gesetzt hat, der keine spezifische, sondern eine offene Formulierung des Verfassungsartikels vorschlägt, erzürnte die Initianten und die SP. «Die Regierung hat den Pfad der demokratischen Tugend verlassen», sagte Freivogel. «Mit der bürgerli-

«Was hier geschieht, ist krass undemokratisch.»

Matthias Freivogel
SP-Kantonsrat

chen Mehrheitskeule wurde das Postulat durchgepaukt.» Jetzt sei aber der Moment, zu erkennen, dass sich der Rat auf dem «demokratiepolitischen Holzweg» befinde.

Die Fortsetzung der Debatte an der nächsten Kantonsratssitzung dürfte spannend werden. Rainer Schmidig kündigte im Fraktionsvotum an, dass die Mitglieder der GLP-EVP-Fraktion individuell abstimmen würden. Als Grund dafür führte er die Umsetzungsinitiative an, welche die Initianten der Transparenzregeln lanciert hatten. Mit diversen Präzisierungen sind sie darin den Bedenken der Regierung betreffend Umsetzung der ursprünglichen Initiative entgegengekommen (die SN berichteten).

Fast alles bleibt beim Alten

Ebenfalls kontrovers diskutiert wurde das Postulat von Markus Müller (SVP, Löh-

ningen) betreffend einer allfälligen Fusion zwischen der privaten Handelsschule KV und dem staatlichen Berufsbildungszentrum. Ein externer Bericht riet davon ab. Er wurde im Rat zum Teil als mangelhaft taxiert. Auch darüber, was er konkret bewegt hat, waren die Meinungen geteilt. Fazit: Fast alles bleibt beim Alten. Aber gut, wurde darüber gesprochen.

Die Schule beherrschte die Debatte ein weiteres Mal: als es um die Kenntnisnahme des Geschäftsberichts 2021 der Pädagogischen Hochschule ging. Die Parlamentarier nahmen ihn wohlwollend zur Kenntnis. Dennoch blieben kritische Fragen nicht aus.

Fundamentalkritik gab es auch beim Geschäftsbericht des Elektrizitätswerks des Kantons Schaffhausen. Jedoch nicht primär am Berichtsjahr. / 13

SOLARENERGIE

Umweltrecht wird für Offensive in den Alpen gestutzt

BERN. Seit Monaten diskutiert die Umwelt- und Energiekommission des Ständerats über den Umbau der Energiepolitik in der Schweiz, weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Gestern liess sie nun eine Bombe platzen: Grosse Solaranlagen in den Bergen sollen so rasch als möglich gebaut werden. Sie sollen in den kommenden Jahren helfen, allfällige Stromengpässe zu überbrücken. Dafür will die Kommission planungsrechtliche Hürden weitgehend aus dem Weg räumen. Liefert eine Solaranlage mehr als 20 Gigawattstunden Strom pro Jahr, soll für sie keine Planungspflicht mehr gelten, die Umweltverträglichkeitsprüfung fällt weg.

Voraussetzung für den Bau sei lediglich, dass ihr Bedarf ausgewiesen ist, sie standortgebunden ist und dass das Interesse an ihrer Realisierung anderen Interessen von nationaler und kantonaler Bedeutung vorgeht. Das teilt die Kommission mit. Vorausgesetzt wird weiter die Zustimmung der Grundeigentümer und Standortgemeinden. (r.) / 8



Schwere Überschwemmungen

In Pakistan führten extreme Monsun-Regenfälle zu Überflutungen. Seit Juni haben durch die Hochwasser bereits mehr als 1000 Menschen ihr Leben verloren. BILD KEY / 6

gsaat isch gsaat

«Das hat mir die letzten 48 Stunden den Tag ganz schön versauert.»

Robert Habeck
Der deutsche Vizekanzler über seinen Plan, das Gas in Deutschland zu verteuern. / 6

«Nein, es gibt kein Erklärungsmuster. Die Gründe sind zu vielfältig.»

Das Verteidigungsdepartement
Die Kommunikationsstelle des Verteidigungsdepartements auf die Frage, wieso ihre Sicherheitsprüfer selber ein Risiko sind. / 7

«Ich fühle nichts, das macht mir keinen Eindruck.»

Die Messerstecherin von Lugano
Es sind schockierende Worte, die die Angeklagte zu den Bildern ihres Opfers findet. / 7

«Dank der Kunst greifen wir über die Jahrhunderte und die Kontinente.»

Mishka Rushdie
Die Pianistin und Nichte des Autors Salman Rushdie über die Werte und die Rolle der Kunst. / 12



Anzeige

Im Rhytpark: Rheinweg 4, Schaffhausen

Multimediale Lösungen

Sauter AG

Weltneuheit

Jetzt Cashback Fr. 500.– sichern

SAMSUNG QD-OLED TV

Wir haben Sie alle - Marken-OLED zum besten Preis-Leistungs-Verhältnis

052 634 04 04 www.sauterag.ch

Neuhauser streiten über die letzte freie Fläche im Zentrum

NEUHAUSEN. In knapp einem Monat wird in Neuhausen über die Zukunft der Burgunwiese abgestimmt. Die letzte Freifläche im Ortszentrum wird heute als Ausweichparkplatz für Rheinfälltouristen und Lager für Baumaterial genutzt.

Die Meinungen in der Gemeinde sind gespalten. Auch bei den einstigen FDP-Parteikollegen Markus Anderegg und Felix Tenger. Ex-Einwohnerat Anderegg (inzwischen parteilos) möchte die

Burgunwiese als Präsident der Burgunpark-Initiative unbedingt für kommende Generationen frei halten und dort einen grossflächigen Park errichtet sehen. Gemeindepräsident Tenger hält die Burgunwiese indes für den besten Standort für einen Pflegeheimersatz plus angrenzenden öffentlichen Park.

Im Doppelinterview mit den «Schaffhauser Nachrichten» sind sich Anderegg und Tenger fast in keinem Punkt einig. (sba) / 15 + 16

AUTOGEWERBE

Die Jungen von der Garage überzeugen

SCHAFFHAUSEN. Mit einer neu lancierten Kampagne will der Autogewerbeverband Schaffhausen (AGVS) Jugendlichen eine Lehrstelle in der Automobilbranche schmackhaft machen. Gleichzeitig soll der Beruf bekannter werden. «Autoprofi zu werden hat Zukunft, denn der Berufsstand entwickelt sich ständig weiter», sagte AGVS-Präsident Luca Jaquet gestern mit Blick auf Herausforderungen wie die Elektromobilität und autonomes Fahren. (kfe) / 17

STURM AUF KAPITOL

Schweizer Firmen spenden an Anhänger

WASHINGTON. Obwohl gewaltbereite und teilweise bewaffnete Anhänger von Donald Trump zuvor das Kapitol erstürmt hatten, stimmten 139 republikanische Abgeordnete und acht Senatoren am 6. Januar 2021 gegen die Anerkennung des Wahlsiegs von Joe Biden. Jetzt zeigt eine Recherche: Schweizer Grossunternehmen beziehungsweise ihre US-Tochterfirmen haben seither mehreren dieser Politiker Zehntausende Dollar an Wahlkampfspenden zukommen lassen. (r.) / 2